

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1871**

25.12.1871 (No. 313)

# Karlsruher Zeitung.

Montag, 25. Dezember.

N. 313.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 8 kr. u. 2 fl. 4 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1871.

Des h. Weihnachtsfestes wegen erscheint unser nächstes Blatt am Dienstag Nachmittag.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 22. I. M. gnädigst geruht, den Assistenten Georg Krayer von Mündingen zum Revisor bei der Direktion der Main-Neckar-Eisenbahn zu ernennen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Berlin, 23. Dez. Der Bundesrath hat den Gesetzentwurf betreffend die persönlichen und sachlichen Ausgaben für die Zölle und indirekten Steuern Elsaß-Lothringens pro 1872 sowie den Etat der bezüglichen Behörden angenommen.

† Wien, 23. Dez. Die „N. Fr. Presse“ meldet: Die Verhandlungen über die Langrand-Affaire scheinen zu einem vorläufigen Abschluss geführt zu haben. Die ungarische Botschaft-Anstalt übernimmt die Langrand'schen Aktien und ermöglicht dadurch die Liquidation. Der Pakt bedarf nur noch der Ratifikation durch den Verwaltungsrath.

† Paris, 23. Dez. Die Kommission für den die französische Bank betreffenden Gesetzentwurf beschloß in ihrer gestrigen Versammlung im Prinzip die Vermehrung der umlaufenden Bankbills. Die Ziffer der Vermehrung wird in der nächsten Sitzung festgesetzt. Man glaubt, daß das Maximum des Notenumlaufs auf 2700 Millionen festgesetzt werde.

† Paris, 23. Dez. Die telegraphischen Verbindungen mit England und Belgien sind augenblicklich großen Schwierigkeiten unterworfen. — Das Gerücht von dem Rücktritt des Kriegsministers, General Cisse, wird dementirt.

### Deutschland.

Karlsruhe, 23. Dez. Der heute erschienene Staatsanzeiger Nr. 50 enthält

1. Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Bekanntmachungen des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen: a. die Prüfung der Rechtskandidaten für das Jahr 1871, betreffend. [Bereits mitgetheilt.] b. Die Befehung von Notariatsdistrikten betreffend. Der Notariatsdistrikt Jochenheim wird dem Notar Martin Bender in Dallau übertragen. Der Notariatsdistrikt Konstanz II. wird dem Referendar Adolf Schwarz in Karlsruhe übertragen und dieser zum Notar ernannt. c. Die Funktionen eines Medizinalreferenten bei dem Kreis- und Hofgerichte Konstanz betreffend. Derselbe ist vom 1. Jan. 1872 an dem großh. Bezirksarzte Medizinalrath Schmidt in Konstanz übertragen. d. Die Bekanntmachung der Einträge in die Handelsregister betreffend. Dabur wird unter Bezug auf Artikel 14 des Handelsgesetzbuchs und Art. 27 des Einführungsgesetzes zu letzterem veröffentlicht, daß die Einträge in die Handelsregister während des Jahres 1872 von Amts wegen in der „Karlsruher Zeitung“, sowie in dem Amtsverfüngungsblatte des betreffenden Amtsgerichtsbezirkes und auf Antrag der Beteiligten in den weiteren von ihnen bezeichneten in- oder ausländischen Blättern bekannt zu machen sind. Die Amtsgerichte haben sich darnach zu achten. e. Die Ersuchsschreiben wegen Zustellungen oder sonstiger Gerichtshandlungen in Elsaß-Lothringen betreffend. Die großherzoglichen Justizbehörden werden aufmerksam gemacht, daß solche Schreiben nunmehr an die kaiserl. Oberprokuratoren bei den Landgerichten Straßburg, Kolmar, Mülhausen, Zabern, Metz und Saargemünd zu richten sind. 2) Des Ministeriums des Innern: a. die Generalagentur der Imperial-Feuerversicherungsgesellschaft in London betreffend. An Stelle des freiwillig zurückgetretenen Kaufmanns Kasimir Kast von Mannheim ist der derzeitige Sekretär der dortigen Handelskammer, Georg Philipp Weiß, als Generalagent der genannten Gesellschaft für das Großherzogthum beauftragt worden. b. Das Amtsverfüngungsblatt für den Amtsbezirk Kork betreffend. Das im Verlag von August Morstadt in Kehl erscheinende Amtsverfüngungsblatt für den Amtsbezirk Kork „Kehler Grenzboten“ wird von Beginn des nächsten Jahres an statt des bisherigen den Titel „Kehler Wochenblatt“ führen. c. Den Ersatz von Verpflegungskosten für kranke Soldaten betreffend. d. Die Generalagentur für die westdeutsche Versicherungs-Aktienbank in Essen betreffend. Der von dieser Bank an Stelle des weggezogenen Kaufmanns Wilhelm Barthold zu ihrem Generalagenten für das Großherzogthum ernannte Kaufmann Karl Barthold in Karlsruhe ist als solcher beauftragt worden. e. Die Ueber-

denjahr 1871/72 betreffend. Gesamtzahl 463 (200 Badener und 263 Nichtbadener). 3) Des Handelsministeriums: a. den Bau einer stehenden Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Wesel betreffend. b. Die Centralkasse für Gewerbe, Landwirtschaft und Statistik betreffend. Mit Beginn der nächsten Budgetperiode wird die Besorgung des Kassen- u. Rechnungswesens über die Budgettitel „für Besorgung der Gewerbe“ und „für Bearbeitung der Landesstatistik“ der bisherigen Landwirtschafts-Kasse übertragen und dieser Kasse alsdann die Benennung „Centralkasse für Gewerbe, Landwirtschaft und Statistik“ gegeben. c. Die Errichtung von Vereins-Telegraphenstationen in Bernau, Durmersheim, Hüfingen und Käferthal betreffend. d. Des Finanzministeriums: die Tilgung des auf 3/2prozentige Obligationen aufgenommenen Eisenbahn-Anlehens vom Jahr 1842 betreffend.

II. Dienstverordnungen. Die Stelle des Vorstandes der höheren Bürgerschule in Ueberlingen und die Stelle eines Vorstandes und ersten Lehrers an der höhern Bürgerschule in Weinheim mit einem jährlichen Einkommen von 900—1100 fl.

Karlsruhe, 23. Dez. Das heute erschienene Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 51 enthält das Gesetz: den Vollzug der Einführung des deutschen Reichs-Strafgesetzbuchs in dem Großherzogthum Baden betr.

Straßburg, 22. Dez. Durch amtliche Bekanntmachung werden die Befizer solcher französischer Proz. und 4/2proz. Staatsrententitel, welche auf die früher französischen Departements des Niederhain, des Oberhain und der Mosel eingeschrieben und auf dem Titel selbst als „Dette publique, inscription départementale“ bezeichnet sind, werden in Kenntniß gesetzt, daß das französische Finanzministerium die bezeichneten Rententitel sämtlich zurückzuziehen und gegen neue, auf denselben Betrag, aber nicht mehr auf die abgetretenen Departements lautende Titel umzutauschen wünscht. Den Privateigenthümern bleibt es hiebei freigestellt, die neuen Titel nach ihrer Wahl entweder direkt in das große Buch der öffentlichen Schuld oder auf ein anderes französisches Departement einschreiben zu lassen. Sämmtliche Personen, welche solche auf die oben bezeichneten Departements eingeschriebene französische Renten besitzen, werden aufgefordert, ihre Originaltitel in den Tagen vom 5. bis 15. Januar 1872 dem Direktor ihres Kreises gegen Empfangsbcheinigung zu überliefern und dabei ihre Wünsche in Bezug auf die Einschreibung anzugeben. Die von Paris eingetroffenen neuen Titel werden den Berechtigten durch die Kreisdirektoren ausgehändigt werden. Den Rechnern der Gemeinden und Etablissements publics aus den in Deutschland abgetretenen Landestheilen wird unter Hinweisung auf eventuelle persönliche Haftbar-machung im Verfallmiffalle die Auflage gemacht, in dem oben gegebenen Termin alle ihren Verwaltungen zugehörigen Titel französischer Staatsrente ohne Unterschied, ob Departemental- oder direkte Staatsrente, zur Bewerthstellung des Umtausches gegen Empfangsbcheinigung dem Kreisdirektor zuzustellen.

O Straßburg, 23. Dez. Auf dem Gebiete der Organisation des Apothekereiwesens sind in letzter Zeit verschiedene wichtige Prinzipien festgestellt worden. Das freie Niederlassungsrecht der Apotheker wird gewahrt werden und man wird nicht das im übrigen Deutschland noch bestehende Konfessions- und Privilegienwesen einführen. Dagegen hält man größere Anforderungen an die wissenschaftliche Bildung der Apotheker und eine schärfere Ueberwachung derselben für unerlässlich. Zunächst wird man das Institut der Apotheker zweiter Klasse, sowie das der sogenannten Herboristen allmählich eingehen lassen.

Man lesset im Erfinden mächtigsten Gerüchte im Elsaß das Unglaubliche, und die Bosheit trägt sie wieder nach Frankreich, um sie daselbst auf's gehässigste gegen den Sieger auszubenten. So brachte man hier das nachstehend erzählte Gerücht auf, das alsdann in einem französischen Provinzialblatt unter Garantie für die Glaubwürdigkeit weiter verbreitet ward: Bei einer in der Kuprechtsau an einem Sonntage stattgefundenen Revue habe ein preußischer Offizier einen Soldaten geohrfeigt. Darauf habe dieser sein Gewehr erhoben und damit einen so fürchtbaren Kolbenschlag nach dem Kopfe des Offiziers geführt, daß dieser einige Stunden darauf gestorben sei. Der Soldat sei auf der Stelle erschossen worden.

Dem Aberglauben der Menge war diese lächerliche Mähr noch nicht vollständig genug; sie mußte mehr in's Phantastische ausgeschmückt werden. Der Soldat mußte nach vollbrachter That entfliehen, in den eisigen Rhein springen und glücklich das andere Ufer gewinnen; sein Verfolger aber in den Fluthen ertrinken. Später wurde man aber doch des Soldaten habhaft; der sein Verbrechen auf der Stelle mit dem Tode büßen mußte.

Fast jeder Tag bringt dergleichen Lächerlichkeiten auf's Tapet, mit dem man die Abneigung gegen die „Fremdhererrschaft“, wie man's nennt, und gegen den deutschen Militärdienst zu steigern sucht.

Straßburg, 23. Dez. (Strßb. Bzg.) Die am ersten Dezember für das gesammte Deutsche Reich abgehaltene Volkszählung ergab für Straßburg folgendes auch politisch nicht unwichtige Resultat:

Die Zählung ergab an dem Tage die Anwesenheit von etwa 41,300 männlichen und ca. 38,400 weiblichen Individuen, also eine Gesamtbevölkerung von rund 80,000 Seelen. Vor dem Kriege betrug diese Zahl etwa 84,000, in beiden Fällen eine Besetzung von ungefähr 7000 Mann einbezogen. Da nun die Verminderung der Bevölkerung um etwa 4000 Köpfe gegen den Stand, welchen dieselbe vor dem Kriege hatte, sich erklärt: 1) durch die Todesfälle aus unmittelbarer Veranlassung und in späterer Folge des Krieges; 2) durch den Wegzug einer großen Anzahl von Arbeitern in Folge des zur Zeit in Frankreich herrschenden übertriebenen Mangels an Arbeitskräften aller Art, wird, wie auch sonst die statistischen Ermittlungen ergeben, die Auswanderung der unabhängigen wohlhabenden, kurz der mittleren Bevölkerung statistisch auf eine sehr geringe Zahl zurückgeführt. Der Weggang der französischen Beamten ist durch die zugezogenen deutschen Beamten so ziemlich ersetzt worden. Es ist demnach von selbst klar, was von all' den Konsequenzen zu halten ist, welche Organe der französischen Presse aus einer mit gewohnter Uebereilung gläubig aufgenommenen Notiz, daß die Bevölkerung Straßburgs auf 52,000 Seelen herabgesunken sei, bereits gezogen haben.

Pfalzburg, 21. Dez. (Nied. Kur.) Das hiesige Kollege, das mit 20 Schülern am 16. Oktober begonnen, zählt deren jetzt 41, die in fünf Klassen getheilt sind. Es hat damit ungefähr dieselbe Zahl erreicht, welche die Anstalt in den letzten Jahren vor dem Kriege aufzuweisen hat. Die kaiserl. Regierung, die sich zu wiederholten Malen äußerst freigebig gegen die frisch aufblühende Anstalt bewiesen, hat zwei neue Lehrer zu den bisherigen vier in Aussicht gestellt, und wird so für die verschiedenartigsten Bedürfnisse der Schüler die reichlichste Sorge getragen sein. — Frauenzünfte sind hier von jeher mit der Verfertigung prachtvoller Filatarbeiten beschäftigt. Dieselben wanderten früher meistens nach Frankreich. Dieses Jahr ist aber schon manches Weihnachtsgeschenk davon nach Deutschland abgegangen, und wenn man die geschmackvollen praktischen und äußerst fleißigen Stücke erst in Altdeutschland wird kennen gelernt haben, so wird es nicht an Bestellungen von dieser Seite fehlen. Aufschwung dieses Artikels und der Handschuhnäheri ist der Stadt im vollsten Maße zu gönnen, da sie sonst (die Steinbrucharbeiten abgerechnet) gar keinen Nahrungszweig hat — ein reines Garnisonsstädtchen ist.

XX Weiffenburg, 23. Dez. Ich lese so eben in Ihrer Zeitung eine Nachricht aus Weiffenburg, nach welcher deutsche Unternehmer beabsichtigten, am hiesigen Orte eine Lehranstalt zur Vorbereitung für das Einjährig-Freiwilligen-Examen zu gründen. Die Nachricht beruht wohl auf einem Irrthum; der Hr. Einsender hat eine Beilage vom letzten hiesigen Wochenblatt, in welcher (unter R. & W. v. Adr. Rudolf Woffe in Straßburg) ein solches Unternehmen für Straßburg angezeigt wird, falsch verstanden. Heute ist das erste Viertel des Schuljahres am hiesigen Kollegium feierlich mit Gesang und Andacht geschlossen worden, und sind den Schülern zum erstenmal in deutscher Sprache die vorchriftsmäßigen Censuren ertheilt worden. Für Neujahr haben schon neue Anmeldungen stattgefunden, so daß die Schülerzahl von 50 bedeutend überschritten werden dürfte. Die Regierung scheint sich sehr dafür zu interessieren, daß die Anstalt ein vollständiges Gymnasium werde und die Zöglinge zur Universität entlasse.

Stuttgart, 23. Dez. Die Abgeordnete Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung, nach erzielter Uebereinstimmung mit der Kammer der Standesherren, den Gesetzentwurf, betr. die Aenderung des Polizeistrafrechtes, mit 75 gegen 9 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung am 3. Januar.

München, 23. Dez. Bei seiner heutigen Rektoratsrede sprach Dr. v. Döllinger über die Aufgabe, welche die deutsche Hochschule nach den neuesten gewaltigen Ereignissen sich zu stellen habe. Nebner gedachte zunächst des Krieges gegen Frankreich, das seine Niederlage vorzugsweise der seit einer Generation betriebenen Unwahrhaftigkeit seiner Literatur, besonders der historischen, verdanke. Derselbe wies sodann auf die am 18. Juli 1870 erfolgte Kriegserklärung Roms gegen die deutsche Wissenschaft hin und konstatarie, daß die vatikanischen Dekrete nur gegen die deutsche Wissenschaft ins Werk gesetzt und seit mehr als 20 Jahren durch systematische Fälschung der theologischen Lehrbücher vorbereitet worden seien. Nebner that durch einen Rückblick auf die deutsche Geschichte die Nothwendigkeit dar, daß die Lösung der deutschen Frage durch das Schwere geschehen mußte, erwähnte der Initiative des Königs von Bayern zur Schöpfung der Kaiserwürde und wies die Nothwendigkeit der Fortdauer der Föderativform nach. Durch die letzten Ereignisse seien vor Allem die Geschichte und die Theologie gefährdet und angeregt worden. Die Aufgabe der Theologie sei früher polemischer Natur gewesen, sie müsse jetzt irenisch (vermittelnd) sein. Die Theologie habe dahin zu wirken, daß Deutschland, wie

**Oesterreichische Monarchie.**

**Wien, 22. Dez.** Der deutsche Botschafter, General v. Schweinitz, wurde heute von der Kaiserin in feierlicher Audienz empfangen.

**Wien, 22. Dez.** In der oesterreichischen Presse abjournirt jetzt die Frage, ob der am 27. d. M. zusammentretende Reichsrath auch beschlussfaehig sein werde, jedes andere Interesse. Freunde und Gegner der Verfassung erörtern je von ihrem Standpunkte diese Frage mit der größten Lebhaftigkeit, da sie wohl nicht mit Anrecht in der bejahenden oder verneinenden Lösung derselben ein gewichtiges Argument für oder gegen die Verfassung erblicken. Die Unmöglichkeit, nach den eben stattgefundenen Neuwahlen aller föderalistisch gewesenen Landtage einen beschlussfähigen Reichsrath zu Stande zu bringen, müsste ganz anders ins Gewicht fallen, als alle theoretischen Raisonnements und Zeitungartikel, und darum ist es begreiflich, dass sowohl die Opposition kein Mittel unbenutzt lässt, um ihre esstündigen und verstreuten Freunde vom Eintritt in den Reichsrath abzuhalten, als auch die Verfassungspartei keine Anstrengungen scheut, um den etwa noch Schwankenden die verhängnisvollen Konsequenzen einer thatsächlichen Störung des Verfassungslebens einbringlich vor Augen zu führen. Ueber ihre eigentliche Stärke scheint übrigens noch keine der beiden Parteien im Klaren zu sein, namentlich differiren die Angaben über die mutmaßliche Anzahl der Verfassungstreuen im Abgeordnetenhanse zwischen 89 und 99, und es gilt nur das Eine als feststehend, dass die Verfassungspartei nicht im Stande sein würde, allein ein beschlussfähiges Haus zu bilden. Wenn nun Angesichts dieser Thatsache alle Oppositionellen auf dem Standpunkte der zueyischen Deklaranten sich befänden, dann müsste fürs erste allerdings von den regelmäßigen Funktionen des konstitutionellen Apparates abgesehen werden; doch ist ersteres bei weitem nicht der Fall und man kann wohl schon mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, dass dem Rufe in das Abgeordnetenhaus erheblich mehr als nur die gerade zur Beschlussfähigkeit ausreichende Zahl von Mitgliedern Folge leisten werde.

**Italien.**

**Rom, 18. Dez.** Einem Berichte der ultramontanen „Germania“ entnehmen wir Folgendes:

Die erfolgte Ernennung der Bischöfe in Italien konnte natürlich nicht vorübergehen, ohne die italienischen Machthaber und deren Freunde in Aufregung zu versetzen. Schon hat die offizielle Presse sich der Angelegenheit bemächtigt und Interpellationen von Seite einiger Deputirten stehen in der Kammer zu erwarten. Der Minister Siegelbewahrer, dem die Bischöfe und Erzbischöfe ihre Ernennungen durch besondere Schreiben mitgetheilt hatten, antwortete, ohne ihnen in der Ueberschrift oder Anrede irgend einen Titel zu geben; nur da, wo ein Bischof zum Erzbischof befördert wird, gibt er ihm den Titel Herr Bischof, nicht aber Herr Erzbischof. Er sagt, dass der Herr in Ausübung seiner Amtspflichten keine Schwierigkeit haben werde, da in Italien die Freiheit der Kirche durch Gesetze garantiert sei. Am Schlusse des Antwortschreibens verlangt er die Mittheilung der Ernennungs-Bullen, um das Weitere zu veranlassen und den Herrn in Besitz der Temporalien setzen zu können. Wie es scheint, wird dieser Forderung Seitens der Bischöfe nicht entsprochen werden, da hierdurch die Rechte, welche die Regierung prätextirt, nämlich ein Exequatur auszusstellen, anerkannt würden. Folglich werden die Bischöfe und Erzbischöfe Italiens, in sofern sie neu ernannt sind, von der Temporalien-sperrung zu leiden haben. Die Bischöfe und Erzbischöfe zeigten ihre Ernennung gleichfalls den Präfecten und den Staatsprocuratoren der Provinzen an, zu welchen ihre Diözesen gehören. Die Präfecten antworteten sehr höflich, die Staatsprocuratoren mit höchster Zurückhaltung. So steht diese wichtige Angelegenheit heute. Die Interpellationen werden mehr Klarheit in die Sachlage bringen.

**Rom.** Ueber den Versuch des Kaisers von Brasilien, den Papst mit dem König von Italien zu versöhnen, berichtet der römische Korrespondent der „Ball Mail Gazette“ Folgendes:

Der Kaiser sprach in der ersten Unterredung lange mit Wärme und Biederkeit über die Schwierigkeit einer Versöhnung. Der Papst hörte aufmerksam zu und bemerkte schliesslich, er sei sehr erkaunt, dergleichen vom Kaiser zu hören. „Ich bin in diesem Augenblicke — erwiderte der Kaiser — nur Don Pedro d'Alcantara.“ „Sehr gut, mein lieber Don Pedro, sagte der Papst, man nennt Sie einen Philosophen und ich halte Sie dafür. Schlagen Sie Ihre Bücher nach, und wenn Sie einen Präcedenzfall dafür finden, dass der Tag sich mit der Nacht verbindet, so bringen Sie mir das Buch, dann werde ich auch einen Präcedenzfall für die von Ihnen befarwortete Versöhnung haben.“ Der Kaiserin gegenüber machte sich der Papst noch unangenehm und bemerkte mit Bezug darauf, dass sie die Tochter Franz des Ersten von Neapel war: „Niemand hätte der Kaiser finden können, der besser in der Lage gewesen wäre, ihm die Honneurs (in Neapel) im Pallaste Ihrer Vorfahren zu machen.“ Die Kaiserin war hierüber sehr verletzt, dass sie dem Papste nicht einmal einen Abschiedbesuch machte. Der Kaiser indessen machte kurz vor seiner Abreise noch einen weiteren Versöhnungsversuch, und erbot sich selbst, im Geheimen Victor Emanuel in einer Drohschle zum Vatikan zu führen, worüber der Papst übrigens sehr gereizt wurde und kalten Abschied nahm. Die Versöhnungsversuche wurden, wie der Korrespondent versichert, ganz ohne Vorwissen des Königs und aus eigenem Antriebe von Don Pedro gemacht.

**Frankreich.**

**Aus Paris, 20. Dez.,** wird der „Times“ gemeldet: Hr. Thiers hat die Idee, auch nur eine Zeilang in Paris zu bleiben, definitiv aufgegeben für den Fall, dass die Nationalversammlung sich entschließt, in Versailles zu bleiben. Den Urhebern der Weltausstellung von Lyon hat Hr. Thiers auf ihr Ansuchen, dass er der Stadt einen Besuch abstatten möge, erwidert, dass es ihm gegenwärtig unmöglich sei, sich von Versailles zu entfernen. Man sagt, der Chef des ersten Pariser Bankhauses habe vor der Finanzkommission in einer Art und Weise gesprochen, welche einen starken Eindruck auf die Kommission machte und welche die Kläue an der Börse während der beiden letzten Tage veranlasste.

**Paris, 22. Dez. (Köln. 3)** In einer Zusammenkunft

es die Kirchentrennung geschaffen, auch die Wiedervereinigung oder wenigstens die Versöhnung der Konfessionen herbeiführen, wonach die besten Geister aller Kulturvölker sich sehnten.

**H München, 23. Dez.** Die Merikalen Blätter sind über die Haltung der Regierung und der liberalen Partei der Abgeordnetenversammlung gegenüber dem Initiativantrag von Schüttinger und Barth sehr ungehalten. Der „Bayr. Kur.“ wirft der liberalen Partei vor, dass sie sich dadurch in Widerspruch setze mit den von ihren Führern bei Berathung der Pariser Verträge abgegebenen Erklärungen, und der „Volksbote“ sagt dem Minister v. Luz nach, er habe „für die bayerische Regierung das Recht in Anspruch genommen, einseitig und ohne Zustimmung des Landtags auf feierlich stipulirte Sonderrechte zu verzichten“. Letzteres ist nun offenbar unwahr, denn Hr. v. Luz hat bestimmt erklärt, dass der Minister, der dies thäte, sich der Anklage auf Grund des Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes aussetze. Und eben deshalb kann man auch der liberalen Partei nicht den Vorwurf einer widerspruchsvollen Haltung machen. Denn was die Regierung beansprucht, ist bloß die unverkürzte Ausübung des ihr von je zugestandenen Rechts, das im Verkehr mit andern Staaten, und also auch mit dem Reich, sie und nur sie allein den Staat Bayern zu repräsentiren und in seinem Namen bindende Erklärungen abzugeben hat. Wie sie sich über den Inhalt dieser Erklärungen mit dem Landtag auseinandersetzt, das ist eine ganz andere Frage.

**Hohenschwangau, 23. Dez. (Allg. Ztg.)** Die königl. Staatsminister v. Pfreyschner und v. Luz, von Sr. Maj. dem Könige zum Vortrag beschieden, sind gestern Abend am königl. Hoflager eingetroffen.

**Sternberg, 22. Dez.** Der Landtag ist heute Nachmittags 5 Uhr geschlossen worden.

**Berlin, 21. Dez. (Sch. M.)** Die Kammer treten heute in die Weihnachtserien. Das Budget ist nicht zum Abschluss gelangt und für die Ausgaben im Anfang des kommenden Jahres wird eine Indemnität in irgend einer Form erforderlich sein. War aber die Feststellung des Staatshaushalts vor dem Jahreschluss formell nicht durchzusetzen, so wurde materiell der sehr befriedigende Stand der Finanzen in überzeugender Weise dargelegt, nicht nur von Seiten der Regierung, sondern auch in Reden der Abgeordneten, selbst von der äußersten Linken. Auch Birchow hat dem Finanzminister seine Anerkennung nicht versagt. Durch die Abschaffung mehrerer Steuern werden schon jetzt 5 Millionen Preußen von allen direkten Abgaben an den Staat befreit. Ausdrücklich ist das aber nur als der Anfang der Reform bezeichnet, die sich weiterhin zunächst namentlich auf die Salz- und Zeitungssteuer ausdehnen soll. Derartige Ankündigungen hätten zu einer anderen Zeit als ein Versuch, die Kammer für irgend eine Maßregel günstig zu stimmen, erscheinen können. In der gegenwärtigen Lage und Angesichts der vorliegenden greifbaren Ergebnisse zweifelt Niemand, dass es Camphausen mit seinem Programm allmählig vorschreitender Finanzreform voller Ernst ist. Die preuß. Finanzlage erregt nicht umsonst den Neid des Auslandes; sie liefert eine Bürgschaft für die unverwundliche Gesundheit des größten deutschen Staates, wobei besonders nicht zu übersehen, dass der Finanzminister bei seinen Voranschlägen den auf Preußen fallenden Theil der französischen Kriegskontribution noch gar nicht mit in Ansatz gebracht hat.

Die kürzliche Anwesenheit des obersten Elsass-Lothringer Verwaltungschefs v. Möller in Berlin hat einige Elsäßer Korrespondenten in schweizerischen und anderen Blättern zu allerlei irrtümlichen Vermuthungen veranlasst. Wie sich zeigt, hatte die Reise v. Möllers keine Vorstellungen gegen die in bestimmter Frist bevorstehende Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Reichslande zum Zwecke, sondern die Verwaltungorganisation, deren Entwurf gemäß v. Möllers Anträgen im Reichskanzler-Amt, dann im Bundesrath festgestellt wurde und der bald nach der bevorstehenden amtlichen Verkündigung in Kraft treten wird.

**Berlin, 22. Dez.** Von Zeit zu Zeit tauchen an verschiedenen Orten in der Presse die fabelhaften Gerüchte wieder auf über deutsche Soldaten, welche während des letzten Krieges gefangen genommen worden seien und in Algier noch zurückgehalten würden. Um über die Unbegreiflichkeit solcher Gerüchte ein für allemal eine amtliche Erklärung zu erhalten und der Regierung Gelegenheit zu geben, sich über die „Vermissten“ öffentlich auszusprechen, hat der Abg. Richter (Hagen), unterstützt von der Fortschrittspartei, die folgende Interpellation eingebracht: 1) Wie groß ist gegenwärtig noch bei der preussischen Armee die Zahl der aus dem letzten Kriege „Vermissten“? 2) Welchen Umständen schreibt es die Staatsregierung vornehmlich zu, dass über das Geschick dieser Personen Näheres nicht hat ermittelt werden können? — Die Interpellation ist auf die Tagesordnung des 8. Januar gesetzt.

Zum Etat des Kultusministeriums haben die 14 Kommissäre des Abgeordnetenhauses bereits zehn Anträge gemeinsam vorbereitet, darunter auch den, den Lehren an den königl. Gymnasien (außer der Erfüllung des Normal-Stats) und den Kreis-Medizinalbeamten eine Gehaltsverbesserung, entsprechend der für alle Staatsbeamten beantragten, vom Jahre 1872 an zukommen zu lassen und demgemäß dem Hause eine Vorlage zu machen.

**Berlin, 23. Dez.** Die Redaktion der „Nordb. Allg. Ztg.“ erklärt:

Ueber das Verhältnis der Presse zu den offiziellen Kreisen sind neuerdings, gleichviel in welcher Absicht, Vorstellungen verbreitet, welche der Regierung für die Elaborate der Presse eine Verantwortlichkeit beimesen. Was die Redaktion der „Nordb. Allg. Ztg.“ anbelangt, so erklärt dieselbe, dass sie ihre Verantwortlichkeit mit Niemanden zu theilen hat und auch nicht zu theilen wünscht.

der Rechten ist beschlossen worden, die Einkommensteuer zurückzuweisen, aber die Abgabe auf mobile Werthe anzunehmen. Der Minister Perier wird morgen die Kommission für das Wahlgesetz benachrichtigen, dass die Regierung den Entwurf eines Wahlgesetzes in Angriff genommen hat. Man versichert, dass in dem Entwurfe der Regierung die theilweise Erneuerung der Versammlung enthalten sein werde. Nachrichten aus Nimes lassen für Sonntag eine radikale Demonstration auf Rossel's Grabstätte fürchten. Man sagt, Hausmann werde in Paris kandidiren.

**Paris, 22. Dez.** Die meisten Blätter äußern heute bezüglich der letzten Depesche Bismarck's, es gezieme sich der französischen Würde nicht, mit der Gewalt zu rechnen. Das „Avenir Nat.“ sagt, die Depesche beweise einfach, dass Bismarck Vorwände suche, um die Okkupation zu verlängern. Denselben Gedanken drücken mehrere andere Blätter aus. Das „Paris-Journ.“ sagt, Bismarck habe Recht, die Hoffnung auf eine Annäherung als vorzeitig zu betrachten, nachdem erst ein Jahr verlossen sei, seit die deutsche Artillerie Frauen und Kinder in einer Stadt niedergeschossen habe, wo so viele Deutsche Gastfreundschaft und Brod gefunden hätten. Der „Cour. de France“ sagt, Bismarck habe, aus Furcht, die Deutschen seien des enormen Kriegsbudgets müde, bei ihnen den Haß gegen Frankreich unterhalten wollen. Der „Temps“ meint: Unsere einzige Sorge muß der innere Wiederaufbau sein. Die „Presse“ sagt, Brennus hat unser Territorium noch nicht verlassen; er sucht eine günstige Gelegenheit, um uns zu hindern, wieder aufzustehen. Die „Opin. Nat.“ sagt: Die einzige würdige Antwort des Besiegten, den Mißhandlungen des Siegers gegenüber, ist Schweigen. Die „Liberté“ sagt: Ein Strom von Blut trennt Frankreich von Deutschland. Wir wollen lernen zu dulden und abzuwarten. Die „Liberté“ sucht nachzuweisen, dass es ein unmoralisches System sei, sich durch Geiseln Recht zu verschaffen. Das „Journ. des Deb.“ konstatirt, dass Franzosen viel weniger Alte der Gewaltthätigkeit gegen die Deutschen begangen haben, als letztere. Das genannte Blatt hat weiter dem Sieger nichts zu sagen, welcher keine Gelegenheit vorübergehen lässt, ohne sich mit seiner Uebermacht zu brüsten und die feindlichen Gefühle zu zeigen, von denen er besetzt ist.

**Paris, 22. Dez.** In der Budgetkommission haben die „Verrechnungen“, welche die Regierung einzuweisen sich genöthigt sah, peinliches Aufsehen erregt. Es handelt sich in der That nicht um geringe Summen: zu den bereits an den Tag gekommenen Ausgaben des Kriegsbudgets wäre noch die Kleinigkeit von 125 Millionen hinzuzufügen. Das ist noch nicht einmal Alles. Die Eisenbahnen präsentiren bei der Transport der Truppen während des Kriegs eine Rechnung von 90 Millionen, an welche der Finanzminister bisher nicht gedacht hatte. Hr. Rouyer-Quertier selbst, der doch nicht leicht außer Fassung zu bringen ist, zeigt sich Ungeheures solcher „Zerthümer“ nicht wenig verlegen und im Publikum fragt man sich, wie unsere Rechnungen in so leichtsinniger Weise aufgestellt werden konnten.

Dem „Soir“ zufolge hatte die Regierung, da die Zeit drängte, die Absicht, den Handelsvertrag mit England unter Vorbehalt der Genehmigung der Kammer zu kündigen. Da aber die Kündigung offenbar einen tieferen Eindruck machen würde, wenn sie gleich mit Genehmigung der Nationalversammlung erfolgte, so hat die Regierung beschlossen, den Gegenstand in der Debatte über die Zölle und über die Handelsmarine zur Sprache zu bringen, welche Debatte jedenfalls vor dem 4. Febr., dem letzten Termin für die Kündigung, beendet sein wird. Aus demselben Anlaß wird die Regierung auch von dem französisch-oesterreichischen Handelsvertrage sprechen und über ihre Verhandlungen mit den fremden Mächten Rechenschaft ablegen.

**Verailles, 22. Dez.** Sitzung der Nationalversammlung vom 21. Dez.

Das Gesetz, betreffend die Wahl der Mitglieder der Handelsgerichte, wird als Ganzes mit 424 gegen 179 Stimmen angenommen. Darnach werden die Handelsrichter von den sogenannten Notabeln der Handelswelt gewählt; diese Notabeln wiederum werden nicht mehr von den Präfecten, sondern von einer Kommission bestimmt, welcher der Präsident und ein Richter des Handelsgerichts, der Präsident und ein Mitglied der Handelskammer, drei Generalräthe, der Präsident des Handwerkerausschusses (Conseil des prud'hommes) und der Maire der Stadt angehören. Das neue Gesetz ist liberaler als das unter dem Kaiserreich herrschende Regime, geht aber nicht so weit, wie die Gesetzgebung von 1848, welche das Recht, die Handelsrichter zu wählen, allen Handelstreibenden ohne Ausnahme verlieh.

In der Tagesordnung folgte die Verhandlung über den Gesetzentwurf, betreffend die Einkommensteuer. Ein Antrag des Hrn. Barre-Paris, den Gegenstand zu verlagern, bis das Ausgabebudget fixirt sei, wird von Hrn. v. Laferrière unter Hinweis auf die Dringlichkeit einer Lösung der prinzipiellen Finanzfragen bekämpft und von der Kammer verworfen. Als erster Redner in der Generaldebatte besetzt hierauf Hr. Germain die Tribüne. Zwei Systeme, sagt er, kommen in Frage: das eine will die uns nöthigen Hilfsquellen von den Rohstoffen und von einer Umwandlung unseres wirtschaftlichen Regimes verlangen; das andere sucht sie in der Einkommensteuer. Diese letztere hat in meinen Augen zwei wesentliche Merkmale: 1) dass sie alle Einkünfte ohne Ausnahme und mit der gleichen Quote trifft, und 2) dass sie ein gewisses Minimum verschont lässt. So tritt sie in andern Ländern auf und so wünschte ich sie auch bei uns eingeführt zu sehen. Schon in den bisher beschlossenen Steuern suchten wir die dringendsten Bedürfnisse des Lebens zu schonen, nahmen z. B. das Salz aus, während wir Kasse, Thee u. s. w. höher besteuerten. Andererseits erhebt die Willigkeit, die Einkommensteuer auf sämtliche Revenuen zu erstrecken. Wollte man sie, wie der Hr. Finanzminister vorschlägt, nur auf die Aktien und Obligationen anwenden, so wäre das eine Ungerechtigkeit gegen die Inhaber dieser Werthe; dehnt man sie dagegen ausnahmslos auf alle Einkommen aus, so bleibt das

allgemeine Gleichgewicht überschritten. Ich weiß wohl, daß die Ansicht sehr populär ist, man solle das Grundeigentum und die Rente ausheben. Aber die auf dem beweglichen Vermögen ruhenden Lasten sind, wie ich oben bemerkt habe, ohnehin schon schwerer, als die des Grundeigentums. Man denke nur an die Güterkomplexe, Grundstücke, Eisenwerke, Gruben, welche nicht Individuen, sondern Aktiengesellschaften gehören. Dabei spreche ich noch nicht von den Eisenbahnen, welche zur Zeit im Vermögen von mehreren Milliarden repräsentieren; wissen Sie, was die Eisenbahnen dem Staate zahlen? Ein Fünftel ihres Einkommens. (Widerspruch.) Ich werde Gelegenheit haben, dies ziffermäßig darzutun. Uebrigens ist meine Behauptung, daß es recht und billig wäre, auch das Grundeigentum und die Rente in das Bereich der Einkommensteuer zu ziehen, auf das Beispiel Englands gegründet. Als man dort im Kampfe gegen das erste Kaiserreich die Income-tax einführt, nahm man auch die Staatsschuld nicht aus, und gleichwohl kam es Niemandem bei, deshalb die Solidität des englischen Staatskredits anzufechten. Wir sollen aber alle Einkünfte besteuern, ohne zu unterscheiden, welches der Ursprung derselben ist; wir sollen sagen: Nicht weil Sie Rentenbesitzer sind, sondern weil Sie ein Einkommen haben, besteuern wir Sie. (Beifall auf einigen Banken.) Die Fortsetzung der Verhandlung wird auf heute vertagt.

**Belgien.**  
Brüssel, 22. Dez. Die Repräsentantenkammer hat heute, nach ziemlich stürmischer Debatte, den Antrag auf Vertagung der Beratung über das Kriegsbudget mit 57 gegen 39 Stimmen verworfen; die allgemeine Beratung desselben wird also morgen beginnen, indessen wird die Kammer sich nach der Sitzung von morgen bis zum 16. Januar vertagen. Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung das Gesetz über die freie Einfuhr von Lebensmitteln angenommen, sowie verschiedene Kreditgesetze für die Ministerien, deren Budget noch nicht votirt ist. Der Senat hat sich dann gleichfalls vertagt, jedoch nur bis zum 28. Dezember.

**Rußland und Polen.**  
St. Petersburg, 21. Dez. Der „Regierungs-Bote“ sagt, indem er auf die sehr günstigen Beziehungen zwischen Rußland und Amerika hinweist, daß die über die Persönlichkeit des russischen Gesandten in Amerika entstandenen Schwierigkeiten sofort beseitigt wurden. Das politische System Rußlands gegenüber Deutschland besprechend, sagt er: Die Interessen beider Reiche seien genügend solidarisch, um sie zu bewegen, die Einigkeit einer Kollision vorzuziehen; sie seien dies aber nicht so weit, daß ihr Bund eine Drohung für Europa wäre. Ihre Interessen seien hinreichend mächtig, um sich gegenseitig zu achten und Dienste zu leisten, aber nicht so weit, daß ein Staat daran denken könnte, den anderen zu absorbieren.

**Großbritannien.**  
London, 22. Dez. Ein heute Mittags ausgegebenes Bulletin meldet: Der Prinz von Wales hat zwar eine etwas weniger ruhige Nacht gehabt, aber das allgemeine Befinden ist eben so befriedigend, wie gestern.

**Badische Chronik.**  
S.d.G. Karlsruhe, 20. Dez. (Sitzung des Gemeinderaths unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Pantzer.) Der Vorsitzende macht in längerem Vortrage Mitteilung über seine Unterhandlungen wegen Gründung einer Transitzuggesellschaft, welche Marau als oberste Station ihrer Rheinischschiffahrt zu nehmen beabsichtigt. Diese Gesellschaft würde sich damit befassen, von den englischen Markthäfen die Waare nach den süddeutschen und schweizerischen Plätzen auf der See und dem Rheine bis Marau zu befördern, und zwar unter einmaligem Frachtaufschlage. Wenn das Unternehmen in gute Hände gelangt, so wäre — abgesehen von den allgemeinen Vorteilen für Süddeutschland — das Zustandekommen desselben ein sehr wichtiges und einflussreiches Ereignis für Marau und die Stadt Karlsruhe, insbesondere deren Eisenbahn. Der Gemeinderath hat in Anbetracht dieser großen Vorteile beschlossen, an den Bürgerausschuß den Antrag zu bringen, der Gesellschaft eine ähnliche Prämie unter gewissen Bedingungen zu bewilligen, wie solche seiner Zeit einer andern Gesellschaft zugesichert worden ist, die ähnliche Zwecke verfolgen wollte, aber nicht zu Stande kam.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters wurde die nächste öffentliche Sitzung des Bürgerausschusses auf nächsten Mittwoch den 27. d. M., Nachmittags 4 Uhr, anberaumt und die Tagesordnung festgesetzt.

Nach erstatteten Bericht des Bürgermeisters Guntter, die künftige Einquartierungsloft der hiesigen Stadt betreffend, wird nach Antrag des ersten Bürgermeisters beschlossen, von dem Ankauf der Friedrichsbaraden abzusehen und die Erwerbung von Einquartierungsloftflächen behufs der Erleichterung der Einwohnerhaft einer späteren Beschlußfassung zu überlassen.

Den H. Bierbrauer-Vereinen Kliber und Schmidt, wovon ersterer das erste Paar Pferde, und letzterer das zweite Paar bei dem Brande in der Durlacherstraße an das Feuerhaus brachte, wurde die statutenmäßige Prämie zuerkannt.

Der Vorsitzende zeigt an, daß der vom Gemeinderathe bei groß. Dominanzdirection nachgesuchte Pacht der Schießwiese und des Sallenwäldchens einschließlich des Thiergartens die Genehmigung erhalten haben und die Beträge bereits vorliegen. Der

Gemeinderath beschließt Wiedervorlage in nächster Sitzung, da nach Erledigung einer Menge persönlicher Gegenstände die Zeit allzusehr vorgeschritten war.

Heidelberg, 21. Dez. (Munh. Anz.) In der letzten Strafkammer-Sitzung wurde ein erst 12 1/2 Jahre alter Knabe zu einer Kreisgefängnisstrafe von sechs Wochen verurtheilt, da er innerhalb 2 Monaten nicht weniger als 11 Fälschungen und Betrügereien verübt hatte. — In neuester Zeit ist hier wieder eine Erkrankung durch trichinenhaltiges Schweinefleisch vorgekommen. — Die Straßen nach Biegelhausen und Neuenheim jenseits des Neckars, die im Sommer sehr der Sonnenhitze ausgeht sind, sollen nun mit Bäumen bepflanzt werden. — Die Mitglieder des Darmstädter Hoftheaters, die auf längere Zeit unfreiwillige Ferien haben, treten fortwährend in größerer Anzahl oder einzeln auf hiesiger Bühne auf.

Mannheim, 18. Dez. Die Steingut- und Porzellanfabrikanten aus Süddeutschland hatten dahier im „Pflanzhof“ eine Versammlung, in welcher dieselben auf Grund der früher in Leipzig gefaßten Beschlüsse gleichmäßig erhöhte Preise ihrer Fabrikate festlegten und rücksichtlich der Verkaufsbedingungen beschloßen, daß künftig in allen Fabriken der sogenannte Rabatt nicht mehr bewilligt wird. Die erhöhten neuen Preise dieser so notwendigen Haushaltungsgegenstände werden vom 1. Januar 1872 an, mancher Hausfrau zum Verdruß, ins Leben treten.

Mannheim, 23. Dez. Die jüngst gegründete Hypothekbank, welche am 19. Dez. die Eingahlung der ersten 40 Prozent entgegennahm, begann bereits mit ihren Operationen, indem sie die Gründung einer Baugesellschaft anregte. Bei der Besprechung dieses Plans im großen Rathsausschusse erschienen zahlreiche Bürger und wurde von der Versammlung vor Allem ein Ausschuss mit den nöthigen Vorkenntnissen für die Gründung beauftragt. Diesem Ausschusse bilden die H. Dr. Hecht (Direktor der Hypothekbank), Dr. Ploos von Amstel (Chef des Bankhauses Gebrüder Zimmern), Partikular Velten, Jul. Darmstädter (Stirma Darmstädter Söhne) und G. Haas. Der auszustellende Geschäftsplan soll in Balde einer größeren Versammlung vorgelegt werden.

Mannheim, 23. Dez. Der Pfarrer von Kirchfeld, Volkslied von Gruber, ist ein Zeitbild zur Schilderung der weltbewegenden Erörterungen im Schooße der katholischen Kirche, und wenn es auch als Tendenzarbeit keinen Anspruch auf poetischen Werth hat, so ist es doch so wirksam angelegt, daß es selbst in jenem Streite beherrschenden Gemüthe. Die Kritik des Gollbats, die Darstellung des schweren Seelenkampfes, den der Gollbat den Priestern auferlegt, ist nach unserer Auffassung besser gelungen als das Vereinzeln des gar zu frühen Streites der Alt- und Neutheologen, doch paken die Kraftstellen der letztern Art die große Menge noch weit mehr. Unverkennbar steckt in diesem Volksstücke eine große agitatorische Kraft, wiewohl es sehr fraglich sein dürfte, ob ein Glaubensdogma zum Gegenstande dramatischer Darstellung geeignet sei. Hier fand der „Pfarrer von Kirchfeld“ eine sehr beifällige Aufnahme.

Abelsheim hat nach der letzten Volkszählung 1526 Seelen (in 327 Haushaltungen).

In Konstanz werden — der dortigen Zeitung zufolge — die sog. Wessenberg-Vorlesungen mit Beginn des neuen Jahres wieder aufgenommen werden. Von Konstanzer und auswärtigen Notabilitäten sind 13 Vorlesungen zugesagt.

**Vermischte Nachrichten.**

Aus Oberelsaß, 22. Dez. Man sagt allgemein, namentlich in den niederen Ständen, über die ungeheure Vertheuerung des Weines, woran außer der jüngsten Kälte — wodurch die Reben viel gelitten — namentlich die Ausfuhr nach Deutschland die Schuld trägt. Anstatt der früheren 16 Sous muß man jetzt deren 20 für 1 Liter bezahlen, und viele Arbeiter müssen in Folge dessen bereits ihren alten Lieben „Eßäffer“ meiden.

In Zweibrücken hat sich jetzt auch ein Alttholiken-Verein, 152 Mitglieder stark, konstituiert. — Das königl. Konsistorium in Speier hat das Gesuch der Kaiserslauterer Alttholiken, ihnen die kleine protestantische Kirche behufs Abhaltung ihrer Gottesdienste zur zeitweisen Mitbenutzung zu überlassen, genehmigt, und wird in Folge dessen am zweiten Weihnachtst-Feiertage der erste alttholische Gottesdienst dortselbst gehalten werden.

Füßingen, 17. Dez. (Els. Chr.) Die Wittve Ludwig Uhlend's hat die reichhaltige Bibliothek ihres verstorbenen Gatten, 3. der hiesigen Universitätsbibliothek, sowie der königl. öffentlichen Bibliothek in Stuttgart zur Verfügung gestellt und beide Institute haben diejenigen Bücher, welche sie nicht schon besitzen, in ihre Sammlungen aufgenommen, den Rest aber hat Antiquar Heckenbauer vor einiger Zeit käuflich übernommen und einen Katalog darüber in Druck erscheinen lassen. Nach längerem Unterhandeln hat nunmehr die neu errichtete Universitätsbibliothek in Straßburg die Uhlend'sche Bibliothek im Ganzen käuflich erworben und ist dieselbe bereits dortsin abgegangen.

Der Opremlänger Nachbaur in München hat, wie er selbst in den dortigen Blättern anzeigt, sein Gesuch um Entlassung vom Hof- und Nationaltheater zurückgenommen und wird unter denselben Engagementsbedingungen, wie bisher, an der königl. Hofbühne verbleiben.

Wülzburg, 20. Dez. Nach der „N. W. Z.“ ist an Stelle des nach Wien berufenen Hofrath v. Bamberger von der medizinischen Fakultät der hiesigen Universität Prof. Dr. Gerhard in Jena, früher Assistenzarzt an der Poliklinik hier, in Vorschlag gebracht.

Präg, 22. Dez. Der hiesige Oberstaatsanwalt und bekannte Schriftsteller Professor Ambros übernimmt in hervorragender Stellung die Redaktion der „Wien. Ztg.“ und wird gleichzeitig dem Kronprinzen allwöchentlich ein oder zwei Vorträge über Archäologie halten.

Luzern. Aehnliche Erlasse und Verfügungen gegen den Mißbrauch der Kanzel, wie solche in letzter Zeit in Deutschland und in der Schweiz erschienen, haben in der Schweiz schon vor einem Jahrhundert stattgefunden. So liest man im Luzernerischen Rathprotokoll vom Jahr 1764, daß der Jesuitenpater Hofprediger wegen einer am 13. Mai gehaltenen, die Regierung schmähdenden Predigt fortgewiesen wurde; er mußte innerhalb 24 Stunden Stadt und Land räumen. Der Vater Rektor erhielt die Ermahnung, die Hofkanzlei mit vernünftigen und friedfertigen Priestern zu versehen, widrigenfalls man demüthigt sein würde, den Patern Jesuiten die Hofkanzlei abzunehmen und tauglichen Subjekten zu übergeben. Solches Handeln ab Seite der Regierungen liegt ganz in der Natur der Sache.

— Splügen-Bahn. In Rom fand am 11. d. M. eine Versammlung mehrerer Senatoren und Abgeordneten statt, um wegen des Baues der Splügen-Bahn zu beraten. Man schreibt der „N. Zür. Ztg.“ darüber von dort: „Die Ausführung der Bahn wird täglich wahrscheinlicher, wenn ihr eine Unterstützung von Staats wegen und Seitens der interessirten Provinzen nicht ausbleibt. Die Summe, welche Italien als Fonds perdu auf sich zu nehmen hätte, würde 12 1/2 Millionen Fr. betragen.“

### Nachricht.

\* Aus Lothringen, 23. Dez. Dem Vernehmen nach ist höherer Orts beschlossen worden, die den einzelnen Geistlichen und geistlichen Bediensteten des biesseitigen Landes theils von der französischen Regierung früher gewährten Unterstützungen fortzuzahlen zu lassen, vorläufig bis Ende dieses Jahres.

† Königsberg, 23. Dez. Das Elbinger Haff ist, soweit man vom Leuchthurm aus sehen kann, eisfrei. Das Königsberger Haff ist bis zur Mündung des Pregels mit dickem zusammengefrorenen Eis bedeckt.

† Wien, 23. Dez. Der Kaiser hat zu Mitgliedern des Herrenhauses auf Lebensdauer ernannt: Den Senatspräsidenten des obersten Gerichtshofes Frhrn. v. Aysalern, den Präsidenten der Borsarlberger Landwirtschafts-Gesellschaft Graf Belrupt, Graf Eugenberg, Feldzeugmeister v. Hartung, Moriz v. Kaiserfeld, den zweiten Präsidenten des Oberlandesgerichtes zu Wien Frhrn. v. Ritz, Dr. Scrinzi und Graf Brants.

† Bern, 23. Dez. Die Beratungen des Nationalrathes über die Revision der Bundesverfassung haben mit Aufnahme der Bestimmung, daß das Recht zum Erlasse von Verordnungen über Hebung des Fischereiwesens dem Bunde zugeht, ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Der Nationalrath hat nach Erledigung dieses Gegenstandes sich bis zum 15. Januar k. J. vertagt.

† Rom, 22. Dez. Die Abgeordneten-Kammer beriet in ihrer heutigen Sitzung den Etat des Ministeriums des Innern. Ministerpräsident Lanza hob die befriedigenden Resultate des Gesetzes betreffend die öffentliche Sicherheit hervor. Da das Einnahmehudget vor Jahresluß wegen Mangel an Zeit nicht vollkommen erledigt werden kann, so wurde für dasselbe pro 1872 ein zweimonatliches Provisorium angenommen. Die Kammer genehmigte ferner das kalabrisch-syllanische Eisenbahngesetz und vertagte sich hierauf bis 15. Januar. — Der Papst hat 28 neue Bischöfe, darunter 19 italienische, ernannt.

△ Paris, 23. Dez. Ein Rundschreiben des Justizministers entscheidet eine mehrfach aufgeworfene Rechtsfrage dahin, daß die Elsäßer und Lothringer, welche seit dem Friedensschlus ihren Wohnsitz in Frankreich genommen haben, nicht, wie dies sonst gesetzlich erforderlich, sechs Monate an ihrem neuen Wohnort verweilen zu haben brauchen, um sich verheirathen zu können.

† London, 23. Dez. Das heute Mittags über das Befinden des Prinzen von Wales ausgegebene offizielle Bulletin meldet: Der Prinz hat die Nacht ruhig verbracht. Die Besserung macht, wenn auch nur allmähliche, so doch gleichmäßige Fortschritte.

† Toronto, 22. Dez. Großfürst Alexis hat seine Rückreise von hier nach den Vereinigten Staaten angetreten.

V Karlsruhe, 23. Dez. Das am 16. d. M. stattgefundene 2. Konzert des Cäcilienvereins fiel sehr gelungen aus. Dasselbe ertrug sich der Mitwirkung des Hrn. Professors Speidel aus Stuttgart, welcher in einem mit den H. Hofmusikern Spies und Mohr vortrefflich gespielten Klaviertrio von Beethoven (Es-dur, op. 70 Nr. 2), sowie in dem Einzelvortrag des G-dur Notturmo von Chopin und eines Impromptu von Schubert seinen Ruf als hervorragender Pianist aufs neue bewährte. Von den Leistungen des Gastes als thätiger Komponist legten drei durch Melodienreiche und feine Stimmungsführung sich auszeichnende duftige Lieder für gemischten Chor: „Vorsprühling“, „All meine Gedanken“ und „Frühlingszeit“ — aus der dem hiesigen Cäcilienverein gewidmeten Sammlung von 5 Liedern — ein so günstiges Zeugniß ab, daß das letzte Lied auf dringendes Verlangen wiederholt gesungen werden mußte. Mit einer hübschen Romanze für die Violine eigener Komposition erntete Hr. Spies verdienten Beifall. Unter den Gesang-Solovorträgen erwähnen wir in erster Reihe die schönen Leistungen der groß. Hofopernsängerin Frn. W. L. H. n. er, welche in Spohr's Hymne an die hl. Cäcilia das Sopranosolo zur vollsten Geltung brachte und außerdem zwei reizende Lieder (von Taubert und Mor. Hauser), wovon das letztere da capo verlangt wurde) sang. Nicht minder gefielen die von Hrn. Siegler mit klangerfüllter, sympathischer Bassstimme und künstlerischem Verständniß vorgetragenen Schumann'schen Lieder. Die wie immer vorzüglichen Vorträge des Chors bestanden außer der Spohr'schen Hymne und Speidel's Liedern noch in Mendelssohn's Ave Maria für achtsätzigen Chor, das Tenorsolo von Hrn. Meyer recht hübsch gelungen, und in dem zweiten Chor „Gottheit über Alle mächtig“, aus Mozart's Musik zu König Davids. Durch reichen Beifall und Hervorruf drückte das Publikum seine Anerkennung aus.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Montag 25. Dez. 4. Quartal. 143. Abonnementsvorstellung. Dorf und Stadt, Schauspiel in zwei Akten, von Charlotte Birch-Pfeiffer. Anfang 6 Uhr.

Dienstag, 26. Dez. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement: Die Afrikanerin, große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Meyerbeer. Anfang 6 Uhr.

**§. 450. Kadolzzell.** Verwandten und Bekannten machen wir die schmerzliche Mittheilung, daß unsere liebe Mutter und Schwiegermutter, **Josefine Dehl**, geb. v. Belli, von ihren langen und schweren Leiden heute im Alter von 63 Jahren durch den Tod erlöst wurde.

Um stille Theilnahme bitten,  
**Kadolzzell**, den 23. Dezember 1871,  
**Ernestine Schwab**, geb. Dehl.  
**Josef Schwab**, Bezirksförster.

**§. 376. 2. Mannheim.**

**Bekanntmachung.**

Die Anstellung eines Bau-Technikers in der Stadt Mannheim betr.  
 In der Stadt Mannheim soll an die Spitze des dort neu zu errichtenden städtischen Bauamtes ein, sowohl im Hochbau, wie im Wasser- und Straßenbau bewährter, tüchtiger Bau-Techniker mit angemessenem Gehalte berufen werden, welcher die Leitung und Ausführung aller, in dieser Geschäftszweigen vorkommenden städtischen Arbeiten zu übernehmen haben wird.

Bewerber um diese Stelle wollen ihre, von Nachweisungen über Befähigung und bisherige Beschäftigungen begleiteten Anmeldungen

bis zum **15. Januar l. J.** bei unterzeichneteter Behörde einreichen, von welcher denselben auf Wunsch die Bedingungen der Anstellung werden zugestellt werden.  
**Mannheim**, den 12. Dezember 1871.  
 Gemeinderath  
 Moll.  
 Winterer.

**§. 401. Stuttgart.**

**Tausende**

längst gegorener Koos sind noch immer unerobert. Gegen 15 Württ. oder fremde Kreuzmarken sendet **A. Baum** in Stuttgart die neueste Verlosungsliste über alle bis 1. Januar 1872 gezogenen Verlosungen nach Verlosungskalender für 1872 Jedermann franco zu. Derselbe steht auch Koos in allen früheren Verlosungen à 3 fr. per Stück nach.

**§. 279. 3. Freiburg.**

**Für Aerzte.**

Ein praktischer Arzt, der sich zurückziehen gedenkt und eine große Reihe von Jahren in einer wohlhabenden Gemeinde in der Nähe Freiburgs mit Erfolg thätig war, wünscht seine Praxis einem tüchtigen Kollegen zu übertragen. Derselbe müßte zugleich ein sehr freundliches Wohnhaus mit Dönerkammer und Garten käuflich unter liberalen Bedingungen übernehmen. Nähere Auskunft ertheilt die Expedientur von **F. Adrian**, Freiburg, Münsterplatz Nr. 7.

**§. 338. 3. Baden-Baden.**

**Für Wiederverkäufer!  
 garantirt echte neapolitanische  
 Maccaroni**

(in super. I. Waare)  
 in Kisten von 150 Pfd., 100 Pfd., 50 Pfd., 30 Pfd. u. 15 Pfd. billigst zu beziehen von

**Florian Kühn**,  
 Baden-Baden.

**Stellegesuch.**

**§. 448. 1.** Ein schon längere Zeit bei einem reisenden angestellter Kutscher sucht wieder eine ähnliche Stelle oder eine solche in einem Gasthofe. Der Eintritt kann sogleich erfolgen, auch können auf Verlangen die besten Zeugnisse nachgewiesen werden. Gesüßteste Auskunft ertheilt die Expedition d. Bl.

**Gesuch.** **§. 420. 2.** Ein so möglich mit der Expedition vertrauter Commis, der einige Kenntnisse in der franz. Sprache besitzt, wird gesucht. Wo? zu erfahren bei der Expedition dieses Blattes.

**Zu verkaufen.**

**§. 405. 2.** Eine kleinere Bierbrauerei in einer Garnisonstadt in Baden ist wegen Abzug mit oder ohne Einrichtung zu verkaufen. Dieselbe liegt in der Nähe der Kasernen.  
 Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

**Zu verkaufen.**

**§. 364. 3.** Eine durchaus brauchbare zweirädrige Feuerpritze nebst allem Zubehör ist zu verkaufen. Nähere Auskunft bei der Expedition dieses Blattes.

**Circa 3 bis 4000  
 Brod Zucker** in Mühlen  
 sind bei **Hrn. D. Ruof** (Weinhandlung) billig zu verkaufen.  
**§. 452. 1.**

**Gasthof-Verkauf.**

Im bad. Oberland wird wegen eingetretenen Familienverhältnissen ein sehr frequenter und renommirter Gasthof ersten Ranges in einer Kreisstadt unter sehr günstigen Zahlungsbedingungen verkauft und kann sogleich in Besitz genommen werden.  
 Gefällige Anfragen mit Chiffre **R. S. Nr. D. 882** besorgt die Expedition dieses Blattes.  
**D. 882. 6.**

**Deutscher Reichs-Anzeiger  
 und  
 Königlich Preussischer Staats-Anzeiger.**

Derselbe ist bestimmt, auf dem Gebiete der Tages-Prese als Publikations-Organ für die Behörden des Deutschen Reichs und des Königlich Preussischen Staates zu dienen.

In dem amtlichen Theile werden die Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen, Ordensverleihungen und Ernennungen publizirt.

Der nichtamtliche Theil enthält eine Zusammenstellung der bedeutendsten thätlichen Vorgebeheiten in der Tagespolitik, Referate über die Verhandlungen des Deutschen Reichs- und des Preussischen Landtages, Kunst- und wissenschaftliche, Gewerbe-, Handels- und statistische Nachrichten aller Art, den täglichen amtlichen Courszettel der Berliner Börse &c.

Die Besonderen Beilagen bringen Aufsätze über deutsche und preussische Geschichte, Landes- und Staatskunde &c.

Der Abonnementspreis für das Quartal beträgt 1 Thlr. 7 1/2 Sgr., der Insertionspreis einer Druckzeile 2 1/2 Sgr.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. **§. 46. 1.**

**§. 453.** Im Verlage von **J. Schneider** in Mannheim ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Die Handhabung der Baupolizei**

im Großherzogthum Baden

auf Grund der Verordnung vom 15. Mai 1869 amtlich zusammengestellt.

Nebst eingefügtem Abdruck aller dahin einschlagenden Gesetze, Verordnungen und Instruktionen und freiem Raum zu Nachträgen.  
 gr. 8° geb. 18 fr.

Nach Auswärts franco gegen Einzahlung von 19 fr. in Briefmarken.

**§. 194. 3. Mannheim.**

**Badische Bank.**

Unter Bezugnahme an unsere Bekanntmachung vom 25. vorigen Monats und unter Hinweisung auf Art. 6 unserer Statuten fordern wir die Inhaber der Aktien-Interimscheine unserer Bank

Nr. 6128, 7798,

hiermit auf, die rückständige

**1te Einzahlung** von 20% per 10. Juli d. J. und

**2te** " " " 20% " 11. September d. J.

und diejenigen Inhaber der Aktien-Interimscheine

Nr. 105, 2494 à 2498, 2828 à 2833, 8335, 8480, 8711 à 8715,

8809 à 8813, 8857, 12023 à 12026, 14560 à 14562,

die rückständige

**3te Einzahlung** von 20% per 11. September d. J.

zugleich der Konventionalstrafe von zehn Gulden pro Einzahlung auf jede Aktie um so gewisser innerhalb 4 Wochen zu leisten, als nach Ablauf dieser letzten Frist die Interimscheine, für welche auch diese dritte Aufforderung ohne Erfolg bleibt, werthlos sind.

**Mannheim**, 9. Dezember 1871.

**Der Aufsichtsrath.**

**§. 431. 6. Mannheim.**

**Ruhr. Grubenkohlen**  
 zur Kessel-, Maschinen- und Ofenheizung, sowie  
**Holzkohlen**

empfehlen **Gernet & Comp.**  
**Mannheim.**

**Zum Eichen von Gasuhren**

empfehlte sich Gasanstalten, Behörden und Privaten  
**Das Gr. Eichamt für Gasmesser**  
 in Lörrach. **H. 4416.** **§. 451. 1.**

**§. 445. 1.**  
**Institut Dulon**  
 (früher Delessert & Dulon) **(H-3850-X)**  
 in **La Tour, bei Vevey (Schweiz).**  
 Schöne Aussicht auf die Ufer des Genfer Sees. Pensionat für junge Leute, speziell bestimmt für das Studium der modernen Sprachen, Mathematik, alten classischen Sprachen &c. Sechs interne Lehrer.  
 Großer Garten.  
 Man wende sich gefl. an Herrn Director Dulon.

**§. 223. 12. Freiburg i. B.**  
 Anerkannt beste, vielfach preisgekrönte

**Anker-Uhren,**

eigenes Fabrikat, alle Sorten Schweizer Uhren und Regulatoren emittirt unter Garantie  
**J. H. Martens, Uhrenfabrikant,**  
 Bernhardtstraße 5, Freiburg i. B.

**§. 449. Strassburg.** Schreibstube des **Hrn. Müller**, Abschätzungs-Kommissar, alter Weinmarkt 17, zu Strassburg,  
**Verkauf feiner Weine**  
 in Flaschen,

wie: **Bordeaux, Roussillon, Ungarische, Ribeaupville etc. etc.** von den Hinterlassenen des **Hrn. Louis Favre** von Ribeaupville herüber.  
 Donnerstag den 28. Dezember,  
 um 9 Uhr Morgens,  
 Alter Weinmarktplatz 2, zu Strassburg.  
**Müller.**

**§. 180. 4.** Nach vorgenommener Prüfung von **Dr. J. G. Woy's**  
**Anatherin-Wundwasser**  
 durch Herrn Prof. **Oppolzer**, (Rektor d. k. k. Klinik zu Wien, k. k. Hofrath &c.) wurde dasselbe gegen alle Wund- u. Zahnkrankheiten empfehlend bewiesen und auf der k. k. Klinik zu Wien verordnet. — Desgleichen wird dasselbe durch die renomirtesten Aerzte und Professoren anderer Städte zur Reinigung und Unterhaltung der Zähne empfohlen.  
 Das Depot befindet sich in Karlsruhe: **F. Wolff u. Sohn** (Langstr. Nr. 104); in Baden-Baden: **J. Bihlarz**, Groß-Hofapotheker; in Lörrach: **J. K. Kalame**; in Mannheim: **Frz. A. Bauer**; in Rastatt: **W. H. K. Roes**; in Heidelberg: **Dr. Büding**, Apoth. **Fr. Wopp**; in Heilbronn: **Dr. Hermann**; in Rastatt: **K. A. Lang**; in Pforzheim: **F. Trautwein**; in Berlin: **J. F. Schwarze** **Josef Schae**, Hauptdepot für den Zollverein.

Schreibstube des Herrn Kleinlaus, Notar in Hagenau

Gleich zu vermieten wegen Sterbfällen:

**Zwei Maierhöfe zu Hagenau,**

nämlich:

1) Ein Landgut, bekannt unter dem Namen **Wald**, bestehend in Wohnbebauung, Scheune, Stallung, Schäferei, nebst

12 Hectares 41 Ares Biesen,

3 " 29 " Hopfenstücken mit 18,000 Stangen,

18 " 93 " Ackerfeld,

1 " 60 " mit Lucerne besäet,

9 " 60 " Weidgang.

45 Hectares 23 Ares Gesamtinhalt.

2) Ein anderes Landgut, bekannt unter dem Namen **Meyerhöfen**, bestehend in Wohnbebauung, Scheune, Stallung, Schäferei, nebst

11 Hectares 42 Ares Biesen,

1 " 14 " Hopfenfeld mit 2500 Stangen,

17 " 41 " Ackerfeld,

1 " 60 " Garten,

23 " 77 " Feld und Weidgang,

55 Hectares 34 Ares Gesamtinhalt.

Beide Landgüter, die bis jetzt durch die Eigentümer selbst angebaut wurden, befinden sich in bestem Zustande.

Näheres zu erfragen bei Herrn **Kleinlaus**, Notar in Hagenau. **§. 182. 3.**

**§. 37. 3. Nr. 2, 23. 801. Strassburg.**

**Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen.**

Für die Unterhaltung der Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen pro 1872 soll die Lieferung von 4,400,000 Kilogramm gewählten Eisenbahn-Schienen

erhalten werden.

Die Ausschreibung des zugehörigen Befähigungs-Materials — bestehend in:

8648 Kilogramm Unterlagsplatten,

175810 Kilogramm Seilschrauben,

48945 Kilogramm Schraubenbolzen,

102000 Kilogramm galvanisirtes Eisenblech,

12000 Kilogramm Holznägel,

im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.

Die Offerten sind, für die Lieferung von Schienen und Seilschrauben-Befähigungs-Material getrennt, bis zu dem

Donnerstag den 11. Januar 1872,

Borntags 10 Uhr,

in unserem Geschäftslokale auf hiesigem Bahnhofs anstehenden Termin vorzulegen, versiegelt und mit der Aufschrift:

„Submission auf die Lieferung von Eisenbahn-Schienen“

resp.

„Submission auf die Lieferung von Schienen-Befähigungs-Material“

an uns einzuwenden.

Die Eröffnung der Offerten erfolgt zu vorangegebener Terminstunde in Gegenwart der etwa persönlich anwesenden Submittenten.

Die Submissionsbedingungen und Zeichnungen liegen in unserem technischen Central-Bureau zur Einsicht aus, werden auch auf portofreie, an unsere Druckerei in Straßburg zu richtende Schreiben gegen Erstattung der Kosten zugesandt.

Strassburg, den 13. Dezember 1871.

Kaiserliche Eisenbahn-Betriebs-Kommission.

**Strasrechtsplege.**

**§. 848. 3. Nr. 11417. Rastatt.** Der Kommandant der badischen Festungs-Artillerie-Abtheilung **Nr. 14 Karl Otto Wegler** von Rastatt, dessen Aufenthalt z. Zt. nicht ermittelt werden kann, wird aufgefordert, sich innerhalb

zwei Monaten

zu stellen, unter dem Bedrohen, daß er im Falle seines unentschuldigenden Ausbleibens der Defektion für schuldig erkannt und in die gesetzliche Gefängnisstrafe verurteilt werden würde.

Zugleich wird dessen Verabreden mit Beschlag belegt.

Rastatt, den 21. Dezember 1871.

Königl. Gouvernements-Vericht der Festung Rastatt.

**Bag. R. 6. 5.**

Generalleutnant und Oberauditeur.

**Hermitische Bekanntmachungen.**

**§. 211. 3. Karlsruhe.**

**Verkauf von Metallen &c.**

Von dem unterzeichneten Artillerie-Depot sollen

ca 1423 K. Bleischieße,

357 K. Zinn,

518 K. Zinnblei,

829 K. Zinn,

5000 K. Guß- und Schmiedeeisen,

mehrere Maschinen zur Anfertigung von Zündhütchen &c.,

700000 Zündhütchen,

17000 Feuerheine &c.

verkauft werden.

Das Verzeichniß der Gegenstände, sowie die Verkaufsbedingungen liegen in unserem Bureau — Zeughaus, Langstraße — in den Stunden von 8 bis 1 Uhr, Borntags, zur Ansicht aus. Offerten sind bis zum 29. d. Mts., Borntags 11 Uhr, versiegelt mit Aufschrift:

„Offerte für den Ankauf von Zündhütchen, Metallen und Maschinen“

an uns einzuwenden.

Karlsruhe, den 10. Dezember 1871.

Artillerie-Depot.

**§. 438. Karlsruhe.**

**Versteigerungsurücknahme.**

Die am Mittwoch den 27. d. M. ausgeschriebenene Kohlenversteigerung wird hiemit zurückgenommen.

Karlsruhe, den 23. Dezember 1871.

Großh. Zeughaus-Direction.